

Asien aktuell

Privilegierter Partner? – Deutsche Chinapolitik in der „Außensicht“ des „Review 2014“

Wolfgang Röhr

Summary

German Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier in 2014 asked more than 50 experts from home and abroad what could be improved in German foreign policy. The article deals with the views on Germany's China policy contained in the answers that he received. While opinions differ, some widely shared positions can still be identified: Berlin should assume responsibility and provide leadership in Europe also in regard to relations with China; this is also Beijing's wish. For the benefit of a truly European China policy, Germany should refrain from concluding bilateral understandings with China — even if they would serve its own economic interests well. As Berlin does not pursue geopolitical goals in East Asia, it is regarded as an honest broker. While it should not attempt to mediate in regional disputes, it could point to the positive effects of stabilizing measures taken in Europe during times of tension. In light of new strategic uncertainties in Europe, good relations with Beijing should, however, not be pursued at the expense of the transatlantic partnership.

Manuscript received on 2015-04-14, accepted on 2015-06-06

Keywords: German foreign policy, China, European Union, USA, Russia, Review 2014, external view, leadership

Wolfgang Röhr ist Senior Research Fellow am Deutschlandforschungszentrum der Tongji-Universität, Shanghai. Als Mitglied des Auswärtigen Dienstes von 1978 bis 2014 war er 14 Jahre in China und sechs Jahre mit der Zuständigkeit für Chinapolitik in Berlin tätig.

Einleitung

„Was ist, wenn überhaupt, falsch an der deutschen Außenpolitik? Was müsste geändert werden?“ lauteten Fragen von Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die er im Februar 2014 an Experten im In- und Ausland stellte. Insgesamt 52 Antworten von 57 Autorinnen und Autoren aus 26 Ländern gingen ein; sie waren ebenso weitreichend wie unterschiedlich. Über die Hälfte der Beiträge im Rahmen dieses „Review 2014“ nahm auf die deutsche Chinapolitik Bezug.

Dieser Beitrag widmet sich den chinapolitischen Aspekten der Antworten. Bei aller Verschiedenheit der Stellungnahmen lassen sich doch einige überwiegend vertretene Ansichten identifizieren:

Berlin solle auch in seiner Chinapolitik Führung und Verantwortung in Europa übernehmen; dies wünsche auch Peking. Zugunsten einer europäisch geprägten Politik solle es auf bilaterale Alleingänge verzichten, selbst wenn diese deutschen Wirtschaftsinteressen nutzen würden. Deutschland verfolge in Ostasien keine eigenständigen geopolitischen Ziele, weshalb es in der Region als ehrlicher Makler wahrgenommen werde. Bei Streitigkeiten solle es zwar nicht zu vermitteln suchen, könne aber auf positive Auswirkungen verweisen, die stabilisierende Maßnahmen in Zeiten verstärkter Spannungen in Europa hatten. Angesichts neuer strategischer Unsicherheiten in Europa dürfe die Pflege guter Beziehungen zu Peking indes nicht auf Kosten der transatlantischen Partnerschaft gehen.

Im Folgenden wird zunächst kurz auf den „Review 2014“ und die „Außensicht“ auf die deutsche Außenpolitik im Allgemeinen eingegangen. Anschließend werden die Ansichten zur deutschen Chinapolitik behandelt und – vor diesem Hintergrund – die deutsche Zusammenarbeit mit Europa, den USA und den BRICS-Staaten mit Bezug auf China erörtert. Schließlich werden die Beiträge analysiert und bewertet.

Der „Review 2014“

Bereits in seiner Rede zum Antritt seiner zweiten Amtszeit hatte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier im Dezember 2013 eine „Selbstverständigung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik“ angekündigt, die als „Dialog des Auswärtigen Amtes mit den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Stakeholdern unter Einschluss der Zivilgesellschaft“ erfolgen solle (Steinmeier 2013).

Dieser „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ getaufte Prozess fand während eines Jahres statt, das mit den Krisen in der Ukraine, im Irak und in Syrien und mit dem Ausbruch des Ebola-Virus in Westafrika eine so umfassende Herausforderung an die deutsche Außenpolitik darstellte, dass der Minister in einem Brief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amts vom Dezember 2014 schrieb, man könne meinen, die Welt, geprägt durch „neue globale Unübersichtlichkeit“, sei „aus den Fugen geraten“ (Steinmeier 2014b).

Im Februar 2015 stellte Steinmeier den Mitarbeitern im Auswärtigen Amt (Steinmeier 2015a) und der Öffentlichkeit (Steinmeier 2015b) die Ergebnisse dieses Dialogs vor (Auswärtiges Amt 2015a). Dabei identifizierte er drei zentrale Herausforderungen, die er mit den Schlagworten „Krise – Ordnung – Europa“ benannte:

- Krisen würden immer mehr zum täglich Brot der Diplomatie. Zentrales Anliegen sei es, Krisenlagen rechtzeitig zu erkennen und wenn möglich zu entschärfen; auch Vor- und Nachsorge bedürften verstärkter Aufmerksamkeit.
- Die internationale Ordnung gerate unter Druck. Es sei jedoch im ureigenen Interesse Deutschlands, auch in der Welt von morgen eine regelbasierte Ordnung zu erhalten und ggf. neue Ordnungselemente entwickeln zu helfen.
- Europa sei dabei der zentrale Bezugsrahmen regionaler und internationaler Ordnung. Es gelte, der Versuchung, „aus der von vielen so wahrgenommenen Stärke Deutschlands Optionen jenseits von Europa abzuleiten“, aktiv entgegenzuarbeiten. Dies wäre ein Irrweg: Deutschland sei nur in und durch Europa stark (Steinmeier 2015a: 4 f.).

Der Abschlussbericht (Auswärtiges Amt 2015a) schildert die Erfahrungen während seiner drei Phasen, insbesondere

- die Diskussion mit Experten aus dem In- und Ausland,
- die öffentliche Debatte in Deutschland und
- die Diskussion mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amts.

Bis Mitte 2016 sollen nun die Ergebnisse des Review umgesetzt werden. Nach dem „Außenpolitik Weiter Denken“ soll das „Außenpolitik Besser Machen“ kommen. Hierzu wurde ein Aktionsplan erarbeitet, der die „richtige Balance von effizientem Krisenmanagement und Gestaltung langfristiger Ordnung“ sicherstellen und die deutsche Außenpolitik noch konsequenter in den europäischen Kontext einbetten soll (Auswärtiges Amt 2015b).

Die sieben Kernziele des Aktionsplans sollen durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Das Auswärtige Amt soll in die Lage versetzt werden, Krisen besser zu antizipieren und den diplomatischen Instrumentenkasten zu erweitern; u.a. durch eine – im März 2015 bereits eingerichtete – Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktachsorge und die Schaffung einer personellen Krisenreserve.¹

¹ Letzteres wird eine besondere Herausforderung darstellen. Bereits das 1991 in Kraft getretene Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD) sieht in § 6 vor, dass der Auswärtige Dienst über eine angemessene Personalreserve „verfügt“, die eine sachgerechte Personalplanung z.B. bei „besonderen Belastungen infolge auslandsbezogener politischer Entwicklungen“ gewährleisten soll. Diese Bestimmung wurde aus Kostengründen jedoch bis auf den heutigen Tag nicht voll umgesetzt.

- Es soll neue Impulse für eine friedliche, gerechte internationale Ordnung geben; u.a. durch eine – ebenfalls schon im März 2015 eingerichtete – Abteilung für internationale Ordnungsfragen, Vereinte Nationen und Rüstungskontrolle.
- Der „europäische Reflex“ soll in der deutschen Außenpolitik stärker verankert werden, z.B. dadurch, dass in Vorlagen für Minister und Staatssekretäre wo immer relevant die europapolitische Kompatibilität eines Vorhabens ebenso erörtert wird wie seine Auswirkung auf die EU-Mitgliedstaaten.²
- Eine Reduzierung der Belastung der Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes, z.B. durch knappere Fassung der Gesprächsunterlagen und Verminderung der – bisher ca. 200 (!) – von den Auslandsvertretungen zu erstellenden Routineberichte, soll mehr Raum für strategische Reflexion schaffen.³ Schließlich soll sich die Weisungserteilung für die multilateralen Vertretungen auf das Notwendige beschränken.⁴
- Die Kommunikation außenpolitischer Vorgänge soll verbessert werden – innerhalb des Auswärtigen Amtes, aber auch gegenüber der deutschen Öffentlichkeit.
- Der Auswärtige Dienst soll sich stärker öffnen und vernetzter arbeiten; anlassbezogen soll ein außenpolitisches Beratergremium den Minister beraten. Botschaften und Generalkonsulate sollen – noch – enger kooperieren.
- Schließlich sollen Führung und Eigenverantwortung gestärkt und die Mitarbeiter so noch besser motiviert werden. Postenvorbereitung und Sprachausbildung für Sprachen mit wachsender Bedeutung – als einzige Sprache wird ausdrücklich Chinesisch genannt – sollen weiter verbessert werden.

Die „Außensicht“

Im Rahmen der öffentlichen Debatte hatte Steinmeier im Februar 2014 Experten im In- und Ausland die Frage gestellt: „Was ist, wenn überhaupt, falsch an der deutschen Außenpolitik? Was müsste geändert werden?“ (Steinmeier 2015c: 5).⁵ Insgesamt gingen 52 Beiträge von 57 Autorinnen und Autoren aus 26 Ländern ein, die sämtlich auf eine eigene Website eingestellt wurden (Auswärtiges Amt 2014).

2 Deutschland wurde bisweilen – und wohl nicht ganz zu Unrecht – der Vorwurf gemacht, z.B. bei der „Energiewende“ im Jahr 2011 im nationalen Alleingang entschieden und die Interessen seiner europäischen Nachbarn nicht hinreichend berücksichtigt zu haben (Le Gloannec 2014). Das soll sich augenscheinlich nicht wiederholen.

3 Allerdings enthält die regelmäßige Berücksichtigung der europäischen Komponente in Leitungsvorlagen letztlich eine neue „Routinemaßnahme“.

4 Das ist indes eine Praxis, die es auch bisher schon gab.

5 Eine leicht abweichende Formulierung – „Was ist falsch an der deutschen Außenpolitik, was sollte daran geändert werden?“ – findet sich bei Steinmeier 2014a.

Schon im Oktober 2014 hatte der Minister festgestellt, dass die Antworten so weitreichend wie widersprüchlich seien. Gemeinsamer Nenner sei indes, dass die Erwartungen an Deutschland „enorm hoch“ seien (Steinmeier 2014a). Im Abschlussbericht des Review hebt Steinmeier einmal mehr hervor, dass die große Zahl der Beiträge sich unmöglich auf einen Nenner bringen lasse. Zu vielfältig und komplex seien die Themen, die Meinungen und persönlichen Präferenzen (Steinmeier 2015c: 6).

Immerhin enthält der Bericht eine kurze Übersicht über eine Reihe von prägnanten Aussagen von Politikwissenschaftlern aus dem In- und Ausland, die von ihnen identifizierten Herausforderungen und einige – z. T. durchaus kritische – Kommentare (Auswärtiges Amt 2015a: 19-25). Weitere Überblicke über die Stellungnahmen finden sich bei Tempel 2014 und Bendiek 2014.

Betrachtet man die Beiträge näher, gibt es in der Tat eine weite Spanne unterschiedlicher, ja bisweilen gegensätzlicher Auffassungen.

Teils wird ein institutionalisierter Prozess der kontinuierlichen Anpassung der Außenpolitik an die sich verändernde Weltordnung gefordert; gefragt sei maximale Flexibilität und nicht etwa eine „Großstrategie“, wie sie in einem Weißbuch niedergelegt werden könnte (Sandschneider 2014b). Ganz im Gegensatz hierzu wird die – sogar gesetzlich vorgeschriebene – Einführung einer dreijährigen wiederkehrenden Berichtspflicht der Bundesregierung zur programmatischen Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik befürwortet (Techau 2014).

Die große Mehrzahl der Autorinnen und Autoren vertritt die Auffassung, Deutschland solle mehr Führungsverantwortung übernehmen;⁶ es könne Größe nur entfalten, wenn es die Führung in Europa übernimmt (Mahbubani 2014). Eine Stimme meint demgegenüber, Berlin sei eigentlich nicht in einer besonders guten Lage, um den Mut zu größerer Verantwortung im internationalen Bereich aufzubringen (Simonsen Leal 2014).

Ähnliche Meinungsunterschiede gibt es zu zahlreichen anderen Fragen, z. B. dazu, ob Deutschland Führung eher in einer – ggf. abgestuft (Schwarzer 2014) – integrierten (Ash 2014; Feng 2014) oder in einer intergouvernementalen (Slaughter 2014) Europäischen Union ausüben und ob es gegenüber Russland eine neue

6 Annan (2014) bezeichnet Deutschland als „populärstes Land der Welt“, das zwangsläufig einen größeren Teil der Führungsverantwortung übernehmen werde. Stein und Tempel (2014) sehen in Deutschland das „mächtigste Land Europas“, von dem das Ausland seit längerem eine aktiveren außenpolitische Rolle fordere. Melissen et al. (2014) sehen voraus, dass Deutschland ein „Global Player“ wird. – Vgl. Steinmeier (2015d), der in einer Rede in Washington erklärte, Deutschland strebe an, Europas „Chief Facilitating Officer“ zu werden, ein verantwortlicher Makler, der eine ehrgeizige und einheitliche Antwort auf Herausforderungen schmieden wolle. Ross (2015) meint hierzu, es sei ohne Beispiel, dass „ein deutscher Minister den europäischen Partnern über den Atlantik hinweg zuruft, Berlin habe sich einen Chef-Titel verliehen“. – In einer in Spiegel Online 2015 veröffentlichten Umfrage waren 84% der Befragten der Ansicht, dass Deutschland „heute mehr als früher die politische und ökonomische Vormacht in der EU ist“. 71% erklärten, die Bundesregierung solle „nicht zurückhaltender“ auftreten.

Abschreckungspolitik einleiten (Krause 2014) oder vielmehr eine Sicherheitspartnerschaft mit ihm begründen (Schwarz 2014) sollte.

Stark divergierende Positionen gibt es z.B. auch zur Enthaltung Deutschlands – an der Seite von China und Russland – bei der Abstimmung über SR-Resolution 1973 zu Libyen: War sie ein Beispiel dafür, dass Berlin „unberechenbar“ ist (Swieboda 2014), einen „Unilateralismus“ pflegt und den Eindruck erweckt, es kehre der NATO den Rücken (Le Gloannec 2014)? Oder war sie ein Ausdruck gebotener Zurückhaltung (Chellaney 2014), für den Deutschland allerdings einen politischen Preis gegenüber seinen Verbündeten habe zahlen müssen,⁷ ohne andererseits aus der Sympathie der BRICS-Staaten für seine Position Gewinn für die Aufrechterhaltung der liberalen Ordnung insgesamt ziehen zu können (Tocci 2014)?

Schwerpunkt China

Bemerkenswert ist, dass weit über die Hälfte der Beiträge mehr oder minder ausführlich auf die deutsche Chinapolitik und die deutsch-chinesischen Beziehungen eingeht; einige Beiträge widmen sich diesen Themen sogar ausschließlich (Godement 2014; Heilmann 2014) oder schwerpunktmäßig (Feng 2014).

Das ist alles andere als selbstverständlich. Schließlich ging es bei der Fragestellung um die deutsche Außenpolitik im Allgemeinen. Man hätte daher eher damit rechnen können, dass die transatlantischen Beziehungen oder die zu europäischen Partnern wie Frankreich und Großbritannien thematisiert würden; dies ist auch – allerdings oft weniger ausführlich als vielleicht zu erwarten war – geschehen. Augenscheinlich misst jedoch eine große Zahl der Experten den deutsch-chinesischen Beziehungen eine besonders wichtige Rolle zu.

Davon, dass China eine künftige – oder schon gegenwärtige – Weltmacht ist, geht eine große Zahl der Autoren – oft stillschweigend – aus. Es gehöre – neben z.B. Brasilien – zu den Gestaltungsmächten, die in der Lage und bereit seien, die internationale Architektur mitzugestalten (Kappel 2014). Andere betrachten China im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts demgegenüber als „unsicher“ (Moradian 2014). Wieder andere erwarten, dass die fehlende Deckungsgleichheit von politischer Geografie und Demografie Vielvölkerstaaten wie China – und Russland – vor Zerreißproben stellen wird (Wolffsohn 2014).

Wichtigster Grund für die große Bedeutung, die zahlreiche Autoren den deutsch-chinesischen Beziehungen beimessen, sind die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern, insbesondere der Umstand, dass die Europäische Union Chinas größter Handelspartner und wichtigster Zulieferer im *high-tech*-Bereich ist und dass innerhalb der EU Deutschland für etwa ein Drittel des Handels mit China

7 Bundeskanzlerin Merkel hat hierzu 2012 in einem Gespräch mit Recht ausgeführt, es könne nicht angehen, dass man in Berlin das Nachdenken stets schon dann einstelle, wenn sich Washington, London und Paris eine übereinstimmende Meinung gebildet hätten.

verantwortlich zeichnet (vgl. Godement 2014; Heilmann 2014; Feng 2014).⁸ Daraus wird dann gleichsam automatisch eine besonders enge politische Beziehung hergeleitet (Ash 2014).

Bemerkenswert ist, wie deutlich von einigen die Frage gestellt – und z. T. verneint (!) – wird, ob Berlin angesichts einer perzipierten „Abhängigkeit“ vom Export nach China überhaupt noch in der Lage ist, eine neutrale, europäische und auch die Interessen der Partner berücksichtigende Chinapolitik zu verfolgen (Guéhenno 2014). Bisweilen wird von einer „Unterminierung“ der gemeinsamen europäischen Handelspolitik im Verhältnis zu China gesprochen (Techau 2014; Perthes 2014); Deutschland müsse handelspolitische Alleingänge unterlassen. Es wird sogar behauptet, die deutsche Außenpolitik erscheine „antieuropäisch“ (!) (Grant 2014).

Deutschland sei zwar nicht das einzige Land, das solchen Versuchungen erliege; alle europäischen Staaten wetteiferten um ein größeres Stück des chinesischen Markts. Berlin habe aber in den Wirtschaftsbeziehungen der EU zu Peking ein besonderes Gewicht (Ash 2014), und seine industriellen und kommerziellen Interessen bestimmten seine Außenpolitik oft nachhaltiger, als dies bei London oder Paris der Fall sei (Grant 2014). Offenbar sei man in Berlin der Ansicht, man könne die Vertretung der Interessen deutscher Unternehmen in China nicht der EU überlassen, da die anderen Mitgliedstaaten zumeist über keine nennenswerte Industrie verfügten (Grant 2014).

Auch die Kritik Berlins an der chinesischen Menschenrechtspolitik sei zurückhaltend (Grant 2014), ja leisetreterisch. Demgegenüber gelte es, die legitimen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands mit dem ebenso wichtigen Interesse an der Demokratisierung Chinas auszutarieren (Risse 2014).

Deutschland sei die einzige europäische Volkswirtschaft, die sich gegen China behaupten und ihr Handelsbilanzdefizit mit China auf einem akzeptablen Niveau halten könne. Durch seine regelmäßigen Regierungskonsultationen, den Rechtsstaatsdialog und Dutzende weiterer Dialogformate,⁹ seine Diplomatie, die Kontakte von Bundesländern, Industrie, politischen Stiftungen und die große Zahl von Studierenden sei Deutschland mit China so gut vernetzt wie kein zweites europäisches Land. Das – seit dem Jahr 2005 bestehende – deutsch-chinesische Investitionsschutzabkommen sei das Muster für das von der EU mit China auszuhandelnde Abkommen (Godement 2014).

Die seit 2004 zwischen Deutschland und China bestehende „strategische Partnerschaft in globaler Verantwortung“, die 2014 zu einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“ angehoben wurde, wird unterschiedlich beurteilt. Manche halten eine strategische Partnerschaft mit dem aufstrebenden China für

8 Soledad Loaeza 2014 bedauert, dass das große deutsche Interesse an China die Lateinamerikapolitik Berlins zweitrangig werden lasse.

9 Vgl. Heilmann 2014: Mit ca. 70 solcher Formate (vgl. Bundesregierung 2014) verfüge Deutschland nach den USA – mit ca. 100 – über die größte Zahl solcher formalisierten Gesprächsrunden.

Deutschland als Handelsstaat mit knappen Bodenschätzten für besonders wichtig (Tocci 2014). Andere messen der Partnerschaft mit China – und mit Ländern wie Indien, Mexiko und Australien – eher nur symbolischen Stellenwert bei; es bedürfe noch der Ausstattung mit strategischer Substanz (Chellaney 2014).

Schließlich wird die Ansicht vertreten, die deutsche Außenpolitik versäume es, eine klare Linie zwischen wirklich strategischen Partnerschaften und reinen Interessengemeinschaften zu ziehen. Erstere seien auf Langfristigkeit angelegt und sollten daher auf Staaten beschränkt werden, mit denen man ein ähnliches Wertefundament teile. Letztere könnten übereinstimmende strategische Ziele wie die Bekämpfung des Klimawandels und den Ausbau der Handelsbeziehungen zum Gegenstand haben, blieben aber auf diese Fragen beschränkt. Lackmustest sei die Frage, ob man sich mit einem Partner – wie z.B. China – einen gemeinsamen Militäreinsatz vorstellen könne (so Stein und Tempel 2014, die den Einsatz am Horn von Afrika offenbar nicht als solchen gemeinsamen Einsatz ansehen).

Auch in Peking wünsche man sich eine stärkere Rolle Berlins (Stelzenmüller 2014), insbesondere mehr deutsche Initiative für eine Intensivierung der europäisch-chinesischen Beziehungen (Heilmann 2014; Feng 2014), und fordere es auf, mehr Verantwortung auf internationaler Ebene zu übernehmen (Melissen et al. 2014).

Interessant ist dabei der Hinweis, dass es Deutschland ein wenig wie China gehe: Noch vor zwei Dekaden seien beide Staaten außen- und globalpolitische Zwerge gewesen; heute erwarte man von ihnen, dass sie sich zu nahezu allen außen- und globalpolitischen Fragen äußerten (Messner 2014).

Dabei erhoffte Peking sich von deutscher Initiative vor allem eine Unterstützung chinesischer Anliegen in Brüssel, insbesondere die Schaffung eines Wirtschaftsgürtels entlang der Seidenstraße („One Belt, one Road“) und den Abschluss eines Investitionsabkommens sowie eines Freihandelsabkommens mit Brüssel. Selbst die regelmäßigen Regierungskonsultationen reichten indes für den erforderlichen Aufbau gegenseitigen Vertrauens zwischen Peking und Berlin nicht aus: Der gesellschaftliche Austausch müsse noch enger werden (Feng 2014).

Mit dem Vorschlag, Chinesisch als zweite oder dritte Fremdsprache in deutschen Schulen einzuführen, wird schließlich ein anspruchsvolles bildungspolitisches Ziel angestrebt (Heilmann 2014).

Zusammenarbeit mit Europa

Trotz seiner privilegierten Position sei Deutschland in seinen Wirtschaftsbeziehungen zu China aber auf Europa angewiesen. Allein sei es zu klein, um Einfluss auf China – oder die USA, Russland und Indien – nehmen zu können. Als anerkannte Führungsmacht indes könne es durch Europa den Lauf der Weltgeschichte verändern (Mahbubani 2014).

Selbst führende deutsche Unternehmer, die in China gute Geschäfte machten, seien besorgt, weil China industriell weltweit auf dem Vormarsch und zugleich der Wettbewerb in China nicht frei sei. Viele befürchteten, dass China eines Tages Erzeugnisse mit deutschem Qualitätsstandard zum halben Preis herstellen könne (Godement 2014).

Auf den Handelsaustausch komme es dabei immer weniger an; wichtiger seien Investitionen, der Schutz geistigen Eigentums und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Solche und andere Fragen könnten mit Peking auf gleicher Augenhöhe nur von Europa insgesamt, nicht von einem einzelnen europäischen Staat – auch nicht von Deutschland – erfolgreich verhandelt werden (Godement 2014; Heilmann 2014; Perthes 2014). China – ebenso wie andere alte und neue Riesen der Welt – würde sonst, aus seiner Sicht völlig verständlich, jede Gelegenheit nutzen, um nach der Regel „Teile und herrsche“ die EU-Mitgliedstaaten auseinanderzudividieren (Ash 2014).

Insgesamt stünden die Chancen für eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und China gut, auch wenn es Peking nicht gelingen werde, den Widerspruch zwischen intensiverem internationalen Engagement und der traditionell gepflegten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder aufzulösen (Heilmann 2014).

Trotz der engen wirtschaftlichen Beziehungen werde die EU für China jedoch niemals zum Hauptpartner werden; aus Pekinger Sicht seien Washington, Moskau und Delhi viel wichtiger. Westlicher Hauptpartner könne die EU jedoch für Indien und die ASEAN-Staaten werden (Mahbubani 2014).

In der Vergangenheit – letzthin vermehrt – habe es immer wieder nationale Alleingänge in der Chinapolitik europäischer Staaten gegeben, die eine einheitliche europäische Politik unterließen. Sie würden vermutlich auch in Zukunft nicht ausbleiben (Heilmann 2014).¹⁰ Angesichts seiner wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Bedeutung liege die Verantwortung für eine geschlossene europäische Haltung in Berlin (Godement 2014; Le Gloannec 2014), das schon jetzt eine Vorreiterrolle in den europäisch-chinesischen Beziehungen spielt (Heilmann 2014).

10 Nahezu legendär ist mittlerweile der Besuch des britischen Premierministers David Cameron im Dezember 2013 in Peking, den Müller (2014) als „kläglichen Kotau“ bezeichnet. Cameron hatte Großbritannien als das für chinesische Investitionen offenste westliche Land und sich selbst als stärksten Fürsprecher Chinas im Westen bezeichnet. Er werde sich – im Gegensatz zur erklärten Haltung der EU-Kommission – für den Abschluss eines Freihandelsabkommens der EU mit China einsetzen. Die Global Times (2013) kommentierte dies mit der Bemerkung „the UK is not a big power in the eyes of the Chinese. It is just an old European country apt for travel and study.“ Grant (2014) führt aus, Cameron sei für sein Auftreten sogar im Foreign Office kritisiert worden. – Bemerkenswert ist auch der „Wettkampf“ europäischer Staaten bei der Aufnahme in die von Peking angeregte Asian Infrastructure Investment Bank (vgl. FT.com 2015).

Als Beispiel eines deutschen nationalen Alleingangs wird immer wieder der Fall der Solarpanele genannt: Deutsche Unternehmen hatten der EU-Kommission dargelegt, dass ihre chinesischen Konkurrenten Solarzellen zu Dumpingpreisen in die EU einführten. Als die Kommission dies prüfte, kündigte China die mögliche Erhebung von Strafzöllen auf Polysilikon und Kraftfahrzeuge an, was beides insbesondere Deutschland getroffen hätte. Berlin sprach sich gegen Sanktionen aus und stellte damit nach Meinung vieler die Autorität der Kommission in Frage (Le Gloannec 2014; Grant 2014).¹¹ Aus chinesischer Sicht ist dieser Fall ein Beispiel dafür, dass Peking nicht nur den EU-Mitgliedstaaten, sondern auch den EU-Institutionen Aufmerksamkeit schenken müsse (Feng 2014).

Berlin solle europäische Positionen fördern, indem es nicht nur europäische Amtsträger, sondern auch Vorstände von Unternehmen, Wirtschaftsexperten und China-Fachleute zusammenbringe, um Fragen wie Preisdumping, Urheberrecht, geistiges Eigentum, Tibet und chinesische Investitionen in Europa zu durchdenken (Le Gloannec 2014).

Deutschland solle sich auch bei den Menschenrechten für eine gemeinsame europäische Politik einsetzen, denn China könne die mit der Modernisierung des Landes einhergehenden enormen sozialen Umbrüche nur bewältigen, wenn es sein politisches System öffne und seine Legitimität erhöhe (Risse 2014).

Für China sei es von außen fast unmöglich zu erkennen, wo, wie und von wem wichtige europäische Entscheidungen getroffen werden (Feng 2014).¹² Seit dem fehlgeschlagenen Versuch von 2005, das Waffenembargo von 1989 aufzuheben, und vor dem Hintergrund der zurückgegangenen Bedeutung der Gemeinschaftsinstitutionen im Verlauf der Schuldenkrise habe China sich daher auf die Beziehungen zu den Mitgliedstaaten konzentriert. Auch wenn Präsident Xi Jinping mit seinem Besuch bei den EU-Institutionen im Jahr 2014 den ersten solchen Besuch seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und der EU im Jahr 1975 gemacht habe, würden auch in Zukunft die einzelnen Mitgliedstaaten, insbesondere die größeren, die vorrangigen Partner Chinas bleiben (Feng 2014).

Darüberhinaus denke China darüber nach, in Zukunft neben dem 2012 geschaffenen „16 plus 1“-Prozess mit Staaten Mittel- und Osteuropas weitere Formate für die subregionale Zusammenarbeit mit EU-Ländern zu entwickeln (Feng 2014).

Eine Intensivierung der chinesischen Beziehungen zu Europa könne z.B. durch die von Präsident Xi Jinping angestoßenen Initiativen wie den Aufbau einer „Neuen

11 Ash (2014) meint sogar, die Intervention Berlins sei auf Veranlassung Pekings erfolgt.

12 Es ist immer wieder bemerkenswert, wie groß die Unsicherheit auch erfahrener chinesischer Diplomaten und Staatsmänner mit Bezug auf die EU ist. Die fehlerhafte Darstellung in der englischsprachigen Fassung des Werks des ehemaligen Außenministers und Vizepremiers Qian Qichen, dass die EU-Präsidentschaft alle sechs Monate neu gewählt („elected“) werde (Qian 2005: 152), dürfte allerdings auf einen Übersetzungsfehler zurückgehen.

Seidenstraße“ erfolgen, die mit der Stabilisierung von Zentral- und Westasien ein wirtschaftlich und sicherheitspolitisch wichtiges gemeinsames Interesse von China, Deutschland und Europa verfolge. Ähnliche europäische Vorhaben wie das bereits 1993 aufgelegte Projekt eines Transport Corridor Europe–Caucasus–Asia (TRACECA), die Energiepartnerschaft Interstate Oil and Gas Transportation to Europe (INOGATE) und das Bahnprojekt Silk Wind könnten ebenfalls für dieses Ziel eingesetzt werden (Heilmann 2014).

Bei alldem werde sich weder in der deutschen noch in der europäischen Chinapolitik die Spannung zwischen wirtschaftlichen Interessen und politischen Wert- und Ordnungsvorstellungen auflösen lassen; sie könne nur „in zukunftsorientierter Weise“ verarbeitet werden. Diese Politik gehe über „Wandel durch Handel“ hinaus und bestärke durch ein breit angelegtes und beständiges Engagement solche Kräfte in China, die auf eine offenere Gesellschaft und eine international eingebundene Regierung hinwirken (Heilmann 2014).¹³

Zusammenarbeit mit USA und BRICS-Staaten

Auch mit den USA müsse die deutsche und europäische Chinapolitik besser abgestimmt werden, z.B. durch intensiven Austausch von Diplomaten und Politikberatern gerade auch vor den jeweiligen wichtigen Dialogen mit China (Heilmann 2014). Hierfür müsse Deutschland auf eine zunehmend gleichrangige Partnerschaft mit den USA hinarbeiten und ein modernes Eurasien-Konzept für den Umgang mit China, Indien, Iran, Japan, Russland und der Türkei entwickeln (Trenin 2014).¹⁴

Für Washington, das in der Rangliste der Weltmächte künftig Platz 2 besetzen werde, werde es darauf ankommen, multilaterale Initiativen und das Völkerrecht zu stärken, um die Nr. 1, China, im Zaum zu halten.¹⁵ Die Achtung für Multilateralismus sei in den USA indes nicht hinreichend ausgeprägt; es sei Aufgabe Europas, Washington dessen Vorzüge zu verdeutlichen (Mahbubani 2014).¹⁶

Der Aufstieg Chinas erfordere in der deutschen Debatte über europäische Sicherheit eine Kehrtwende. Die USA würden als Gegengewicht zu China eine Koalition

13 Ash (2014) berichtet über chinesische Wissenschaftler, die sich als Partner für China ein Europa wünschen, das auf höhere Umwelt- und Arbeitsstandards sowie mehr Transparenz und Rechtsstaatlichkeit drängt.

14 Es fällt auf, dass der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) als potentielle und wichtige Verbündete bei der Gestaltung des globalen Ordnungsrahmens unter den neuen Industrie- und Schwellenländern zwar Südkorea, die Türkei, Indien, Mexiko und Brasilien nennt, nicht aber China (Kerber 2014).

15 Shikwati 2014 bezeichnet den Januar 2014, als China die USA von ihrer Vorrangstellung verdrängt habe und zur führenden Handelsnation der Welt aufgestiegen sei, als Beginn eines neuen Kapitels der Weltgeschichte.

16 Steinmeier (2015e) meint, es sei bemerkenswert, dass gerade ein indischer Wissenschaftler Deutschland die Rolle zuweise, die USA zu multilateralisieren.

seiner meisten asiatischen Nachbarn anstreben. Deutschland und Europa würden diesen zunehmend brisanten Wettkampf zwischen Washington und Peking aus der Ferne verfolgen und sich weiter um gute Beziehungen zu China bemühen, ja möglicherweise sogar Waffen an Peking liefern, die eines Tages gegen Washington verwendet werden könnten. Dies könnte die transatlantischen Beziehungen so vergiften, dass die USA sich von Europa abwenden und so dessen Sicherheit gefährdet sei. Zu große Konzentration auf wirtschaftlichen Gewinn könne für Europa daher gefährlich werden (Mearsheimer 2014).

Deutschland könne als Bindeglied zwischen den G7 und den BRICS-Staaten (Feng 2014) bzw. zwischen den eigenen bilateralen Foren und den strategischen Partnerschaften der EU (Adebajo und Virk 2014) agieren. Dabei solle es jedoch bei den Kontakten mit den BRICS-Staaten an die jeweils länderspezifisch zu identifizierenden deutschen Interessen anknüpfen und die BRICS nur ausnahmsweise als Gruppe ansprechen (Kappel 2014). Die Zusammenarbeit mit ihnen könne überdies kaum eine effektive Form des Multilateralismus sein, da diese Staaten eine internationale Ordnung anstrebten, die ihnen individuell größtmögliche Handlungsspielräume biete (Maull 2014).

Ostasien- und Russlandpolitik

Bisher fehle es nicht nur an einer in sich geschlossenen deutschen Strategie gegenüber China; insbesondere auch zu geostrategischen Fragen mit Bezug auf ganz Ostasien verhalte Berlin sich unbeteiligt (Godement 2014; Trenin 2014).

Seine Sicherheitspolitik sei leisetreterisch: Es liege in Deutschlands ureigenem Interesse, dafür zu sorgen, dass die nationalistisch aufgeladenen Territorialkonflikte in Ostasien nicht eskalierten. Es reiche nicht, hier den USA allein das Feld zu überlassen (Risse 2014). Ein anhaltender Konflikt zwischen Japan und China – selbst wenn er nicht in einen Krieg ausarte – wäre für Deutschland eine wirtschaftliche Katastrophe (Freedman 2014).

Deutschland halte sich auch dort zurück, wo es Führung durch beispielhaftes Tun ausüben könne. China könne ebenso wie Japan und Südkorea von Deutschland lernen, wie man politische Aussöhnung durch eine lebende Geschichte und Gedenkstätten ins Leben rufe. Doch sei Berlin nicht bereit, in Ostasien die Rolle eines Vermittlers oder Moderators zu übernehmen. Hier müsse ein Anfang gemacht werden, indem man z.B. Vertreter der drei Länder zu Aussöhnungsgesprächen nach Deutschland einlade (Chellaney 2014).

Dass Deutschland keine originären geostrategischen Interessen in Ostasien verfolge, legten manche ihm als Schwäche aus. Es sei erstaunlich, dass China trotz seiner wachsenden Macht von Deutschland und der EU als geo-ökonomisch eingeordnet und nicht als geostrategischer Faktor gesehen werde (Le Gloannec 2014). Jedoch werde Deutschland – anders als die USA – deshalb auch als „ehrlicher Makler“ wahrgenommen, der ein ernsthaftes Interesse an Ausgleich und Stabilität in der

Region habe. Eine Vermittlerrolle Berlins zwischen Peking und Tokio verspräche jedoch keinen Erfolg, sie wäre sogar riskant. Berlin könnte sich allerdings auf der Grundlage seiner Erfahrungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg für vertrauensbildende Maßnahmen einsetzen (Heilmann 2014).

Mit Territorialansprüchen gegen seine Nachbarn, die es z.T. mit militärischen Operationen untermauere, und der offenen Taiwan-Frage provoziere Peking das, wovor es sich zugleich am meisten fürchte: Eine Allianz zwischen diesen Nachbarn und den USA mit dem Ziel der Eindämmung Chinas. Wachsender Nationalismus in Japan und die Unberechenbarkeit der Politik in Nordkorea und Pakistan führten zu einer riskanten und konfliktträchtigen Lage. Deutschland und Europa hätten kein Konzept für diese weltweit brisanteste Konstellation; sie kämen aber nicht darum herum, zu ihr Stellung zu beziehen (Müller 2014).

Deutschland und Europa dürften nicht die Augen vor Pekings „Revisionismus“ mit Bezug auf seine Nachkriegsgrenzen verschließen, sonst wäre eine Entfremdung Europas von Japan, Korea und Indien zu besorgen. Hierfür müsse man auch die 16 mittel- und osteuropäischen Staaten gewinnen, die einen eigenen ständigen Dialog mit China aufgenommen haben (Godement 2014).

Einige sehen in Zukunft einen engeren Schulterschluss zwischen China und Russland, der sogar zum Ende des bestehenden multilateralen Systems führen könne. Zentrales Interesse Deutschlands und Europas sei es, eine solche Verständigung zwischen Peking und Moskau über eine Neuordnung internationaler Regeln zu verhindern (Godement 2014).¹⁷ Andere erwarten demgegenüber, dass China sich nach den Erfahrungen der Ukraine-Krise von dem als unberechenbar perzipierten Russland abwenden werde (Heilmann 2014). Wieder andere halten es für wahrscheinlich, dass Russland sich aus der Umarmung Chinas löse, um eine engere wirtschaftliche Beziehung mit Europa einzugehen (Mahbubani 2014).

Der Versuch Deutschlands, die privilegierten Handelsbeziehungen zu China – und Russland – durch starke politische Bindungen zu untermauern, habe auf der Annahme beruht, dass der von einer immer anspruchsvollerem Mittelschicht ausgehende Druck einen langsamem Wandel in Richtung eines demokratischen Pluralismus herbeiführen würde. Diese Vermutung gerate nun ins Wanken. Peking – und Moskau – rückten von Konvergenz und Partnerschaft ab und etablierten sich langfristig als autoritäre kapitalistische Konkurrenten, die eine nationalistische Ideologie, eine aggressive Außenpolitik und eine zunehmend diktatorische Innenpolitik verfolgten. Dies stelle Berlin vor das Dilemma, wie es als ein Land, das sich mehr als jedes andere in Europa seiner eigenen autoritären Vergangenheit gestellt und eine gefestigte Demokratie aufgebaut hat, Geschäfte mit expansionis-

17 Guéhenno (2014) stellt die Frage, ob ein niedrigerer Gasimport der EU aus Russland zu einer engeren Verbindung zwischen Moskau und Peking führen würde.

tischen autoritären Regimes führen könnte (Ignatieff 2014; vgl. auch Melissen et al. 2014).

Denkbar sei, dass China das Verhalten Russlands nachahme und den „Schutz“ der ethnischen Chinesen im Ausland zum Vorwand nehme, um Druck auf Staaten in Asien auszuüben. Deutschland könne dies letztlich nicht verhindern, müsse aber darauf achten, dass sein Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zu China nicht der Eindämmungsstrategie Washingtons zuwiderlaufe. Hierfür bedürfe es ggf. eines ausgewogenen Sanktionskonzepts, das von autoritärer Expansion und Destabilisierung in Ostasien abschrecke, ohne die Weltwirtschaft zurück in die Autarkie zu treiben, und wirtschaftliche Kollateralschäden für unbeteiligte Dritte auf ein Mindestmaß beschränke (Ignatieff 2014; vgl. auch Mearsheimer 2014).

Andererseits wird die Auffassung vertreten, dass Peking mit Umsicht und großen Zugeständnissen einen Freihandelsraum zwischen China und den ASEAN-Staaten geschaffen habe. Das gelte für alle Nachbarn, so dass man sich wegen eines Krieges um Taiwan keine Sorgen zu machen brauche (Mahbubani 2014).

Das chinesische System, ein autoritäres mit hohen Wachstumsraten – und Hunger nach Rohstoffen ebenso wie intenderierter Machtprojektion durch sechs Flugzeugträger noch in diesem Jahrzehnt (Lodgaard 2014) –, stelle für den Fortbestand des Westens die wohl größte Herausforderung dar (Stein und Tempel 2014).¹⁸

Würde Peking – ggf. zusammen mit Moskau – vom Partner zum Konkurrenten, hätte dies auch Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit, dass der VN-Sicherheitsrat sich bei künftigen Krisen auf Zwangsmaßnahmen einigen kann. Kooperation gegen Terrorismus könne es weiterhin geben, wohl kaum aber Pekings – und Moskaus – Zustimmung zu Koalitionen unter Leitung Washingtons (Ignatieff 2014).

Auch die Konkurrenz zwischen China und Indien dürfe der Westen nicht vernachlässigen (Lepenies 2014). Beide Länder würden sich in Zukunft wieder mehr auf ihre eigenen kulturellen Identitäten beziehen. Das Wiedererstarken Asiens bis zum Jahr 2050 oder früher werde zur Ablösung der westlichen Vorherrschaft und weg von der monozivilisatorischen Welt führen. Ein „Kampf der Kulturen“ werde indes ausbleiben (Mahbubani 2014).

Schließlich habe der Westen es versäumt, den wachsenden Kontakten der nicht-europäischen und nicht-westlichen Kulturen untereinander hinreichend Aufmerksamkeit zu schenken. Jetzt staune er über die chinesische Präsenz in Afrika und beklage die Raffiniertheit, mit der Peking sich den Zugriff auf die Rohstoffe Afrikas sichere. „Chinafrique“ sei für Europa und den Westen insgesamt zu einem Problem geworden (Lepenies 2014).

18 Stein und Tempel (2014) meinen, auch die „konservative Revolution“ von Präsident Putin sei als ideologisches Gegenmodell zum angeblich dekadenten Westen angelegt, letztlich auch der politische Islam.

Schließlich wird von Deutschland gefordert, es müsse anerkennen, dass China – und andere asiatische Staaten, Lateinamerika und afrikanische Koalitionen – größeren Einfluss auf afrikanische Angelegenheiten nähmen (Shikwati 2014).

Analyse der Beiträge

Die Analyse der Beiträge führt zu dem Ergebnis, dass sich an der deutschen Chinapolitik nicht allzu viel ändern sollte.

Als seit Jahrzehnten mit Abstand größter Handelspartner Chinas in der Europäischen Union, als seit Jahren größter Investor und als das europäische Land, das die besten politischen Beziehungen zu Peking unterhält, hat Deutschland schon seit Mitte der neunziger Jahre behutsam mehr und mehr Führung bei der Formulierung und Durchsetzung der Chinapolitik der Europäischen Union übernommen. Mag noch vor zehn oder 15 Jahren der Umstand, dass London und Paris – nicht aber Berlin – einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat der VN haben, eine Rolle bei der Einschätzung der Bedeutung der europäischen Hauptstädte durch Peking gespielt haben, so ist dies heute kaum noch spürbar. Mit Recht spricht Außenminister Steinmeier daher davon, dass Deutschland von Peking – ebenso wie von Washington und Moskau – eine „besonders privilegierte Rolle angetragen“ werde (Steinmeier 2015c: 11 f.).

Umgekehrt ist auch für Berlin Peking mit großem Abstand der wichtigste Partner in Asien. Die Intensität der wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen und die Häufigkeit des Besuchsaustauschs lassen daran keinen Zweifel zu.

Würde man allein auf die verlautbare Politik blicken, so könnte man einen anderen Eindruck erhalten: Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD von 2013 (Deutschlands Zukunft gestalten 2013: 120) erwähnt zunächst die „Freundschaft mit Japan“, die ein „wichtiger Eckpfeiler der deutschen Außenpolitik“ sei. China wird danach demgegenüber lediglich als „strategischer Partner“ bezeichnet, mit dem man eine „Vielzahl gemeinsamer Interessen“ habe. Während in der knappen Passage zu Japan die laufenden Verhandlungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU begrüßt werden, gibt es in der mehr als dreimal so langen Passage zu China Hinweise zu den Menschenrechten, zum Schutz geistigen Eigentums, zu Cyber-Sicherheit und zu Chinas Beitrag zur internationalen Konfliktlösung, die sämtlich Petita an Peking enthalten.

In ihrer Rede vor der Asahi-Stiftung am 9. März 2015 führte die Bundeskanzlerin zu Japan aus (Merkel 2015): „Ob in Wirtschaft und Wissenschaft, ob in der Kunst oder Kultur – mit keinem anderen Land in Asien pflegen wir einen intensiveren Austausch.“ Blickt man indes auf die Besuchsfrequenz, stellt man fest, dass die

Kanzlerin vor ihrem letzten Besuch sieben Jahre lang nicht in Japan gewesen war, während sie China während dieser Zeit nahezu jedes Jahr besucht hatte.¹⁹

Dass deutsche Chinapolitik, wenn sie erfolgreich sein will, Peking nicht allein gegenüberreten kann, weiß man in Berlin längst. Seit langer Zeit wird die Politik gegenüber China eng mit den europäischen Partnern abgestimmt. Zumal im wöchentlichen Rhythmus erfolgt dies durch die Botschaften in Peking, jedenfalls monatlich in der zuständigen Arbeitsgruppe in Brüssel und von Fall zu Fall in weiteren Gremien. Deutsche Alleingänge in der Chinapolitik gibt es kaum. Etwas mehr auf den eigenen Vorteil bedacht ist man in Berlin nur dann, wenn es um mögliche chinesische Sanktionen gegen europäische Wirtschaftsinteressen geht, die – wie nur allzu oft – ganz besonders Deutschland treffen würden.

Die Bezeichnung der deutschen Chinapolitik als antieuropäisch geht gleichwohl ebenso fehl wie die Behauptung, Berlins Haltung unterminiere die gemeinsame europäische Handelspolitik gegenüber China. Angesichts des großen Anteils, den Deutschland am Export der Europäischen Union nach China hat, ist eine angemessene Vertretung deutscher Interessen nicht nur nicht illegitim, sondern im recht verstandenen Sinne sogar europäisch.²⁰

Zu der Kritik an der Intensität des Einsatzes Deutschlands für die Menschenrechte in China ist darauf hinzuweisen, dass weder Journalisten noch Politikwissenschaftler wissen können, was in den Gesprächen hinter verschlossenen Türen wirklich vor sich geht. Der Vorwurf, Berlin sei hier zu zurückhaltend, kann sich daher allenfalls auf die verlautbarte Politik beziehen.

Schon eher verständlich wirkt die gelegentlich geäußerte Kritik an der „strategischen Partnerschaft“ mit China, zu der 2014 auch noch eine „Innovationspartnerschaft“ gekommen ist. Hier handelt es sich in der Tat zumindest z. T. um plakative Floskeln, die als solche noch wenig aussagen. Man mag über ihren Nutzen streiten – schaden tun sie allerdings auch nicht.

Der Hinweis, dass es Deutschland wie China gehe, weil beide Staaten innerhalb recht kurzer Zeit in die Situation gelangt seien, dass man von ihnen eine Stellungnahme – und nicht selten mehr – zu internationalen Fragen erwarte, ist treffend.

19 Auch andere Besucher reisen immer häufiger nach China als nach Japan: Im Jahr 2014 nahm das Fluggastaufkommen an deutschen Flughäfen nach China um 5,1 % zu, das nach Japan demgegenüber um 3,9 % ab (FAZ.net 2015).

20 Die von Godement (2014) angeführte Begründung dafür, dass die deutsche Chinapolitik – wie die deutsche Außenpolitik überhaupt – nur im engen Schulterschluss mit den Partnern der Europäischen Union erfolgreich sein kann, überzeugt allerdings nicht vollends: Deutschland müsse von den Erfahrungen Japans lernen, das sich noch Mitte der achtziger Jahre als privilegierter Partner Pekings gefühlt habe. Peking lasse sich jedoch nicht auf einen einzelnen strategischen oder engen Partner festlegen. Das trifft zu. Die Gründe für die derzeitigen Schwierigkeiten im Verhältnis der beiden Staaten zueinander liegen jedoch nicht überwiegend in einer unilateralen Entscheidung Pekings, Tokio links liegen zu lassen. Vielmehr sind es umgekehrt z. T. auch hausgemachte japanische Probleme, die dazu führten, dass Peking sich von Japan ab- und verstärkt anderen Partnern zuwandte.

Diese neuere historische Gemeinsamkeit kommt zu anderen – seit längerem bestehenden – deutsch-chinesischen Gemeinsamkeiten hinzu:

Deutschland und China sind beide Länder „in der Mitte“, mit Landgrenzen zu zahlreichen Nachbarn – neun im Falle von Deutschland, 14 im Falle von China – und den sich hieraus ergebenden besonderen Herausforderungen.

Beide sind Länder, die über umfangreiche industrielle Produktion verfügen; sie sind die beiden größten Exporteure der Welt und haben ein gleichgerichtetes Interesse daran, dass die Einnahmen für diese Exporte ihren Wert behalten und nicht durch die Politik von Schuldnerstaaten und Inflation aufgezehrt werden.

Als Handelsnationen benötigen beide Staaten ein weltweit friedliches Umfeld, in dem Handel und Wandel sich ungestört entfalten können.

Die Mahnungen, eine allzu intensive Hinwendung Deutschlands und Europas zu China könnte zu einer Entfremdung zwischen Deutschland und Europa auf der einen und den USA auf der anderen Seite führen, sind bedenkenswert. So richtig es – um nur ein Beispiel zu nennen – ist, wenn Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und weitere europäische Staaten sich entschließen, Gründungsmitglieder der von Peking initiierten Asian Infrastructure Investment Bank zu werden, so sorgfältig muss diese Haltung gegenüber Washington erklärt werden, das diese Bank vor allem als Konkurrenz zur Weltbank und zur Asian Development Bank perzipiert (vgl. FT.com 2015). Gerade zu einer Zeit, in der das zukünftige Verhältnis der EU- und NATO-Staaten zu Russland offen ist, kann Deutschland kein Interesse daran haben, sich von den USA zu entfremden.

Eine einheitliche deutsche oder europäische Politik gegenüber den BRICS gibt es bisher nicht. Es kann sie wohl auch auf absehbare Zeit nicht geben; zu unterschiedlich sind die in dieser Gruppe zusammengefassten Länder und ihre Interessen.

Das Verhältnis zwischen China und Japan wird ebenso wie das zwischen Peking und einigen südostasiatischen Nachbarn in Berlin mit Sorge betrachtet. Niemand in Deutschland – und wohl auch nicht in Europa – unterstellt China, Japan oder den anderen Anrainern des Südchinesischen Meers, es auf eine militärische Konfrontation anzulegen. Angesichts der angespannten Lage und vielfach überzogen nationalistischer Propaganda ist indes die Gefahr, dass Fehleinschätzungen oder Alleingänge eines Piloten oder Kapitäns vor Ort zu einer Situation führen, aus der die beteiligten Staaten nur schwer gesichtswahrend wieder herausfinden, nicht von der Hand zu weisen. Hier könnten Berlin und seine europäischen Partner auf die guten Erfahrungen verweisen, die in Europa während des Kalten Krieges mit vertrauensbildenden Maßnahmen gemacht wurden. Dabei kann es kaum um

Vermittlung oder Mediation gehen, wohl aber um praktische Hinweise an beide Seiten, wie man mit schwierigen Situationen umgehen kann (vgl. Röhr 1982).²¹

Die Befürchtung, China könne in die Fußstapfen Russlands treten und sich dem „Schutz“ ethnischer Chinesen in anderen asiatischen Ländern verschreiben, scheint überzogen. Zu tief ist das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder in der chinesischen Außenpolitik verwurzelt, als dass in absehbarer Zeit eine radikale Wende wahrscheinlich erschiene. Bei antichinesischen Ausschreitungen 1998 in Indonesien und 2014 in Vietnam haben das chinesische Außenministerium und die in China veröffentlichte Meinung besonnen reagiert.²² Es ist nicht zu erwarten, dass sich dies in näherer Zukunft ändert.

Das russische Vorgehen in der Ukraine wird Peking sehr sorgfältig beobachten: Schließlich gibt es auch in China eine – wenn auch zahlenmäßig sehr kleine – russische Minderheit. Und mit Blick auf Taiwan dürfte man in Peking nur geringe Sympathien für eine durch eine Volksabstimmung in dem betroffenen Gebiet sanktionierte Sezession haben.

Die chinesische Afrikapolitik schließlich ist – recht betrachtet – konsequenter, als es ihr im Westen meist attestiert wird. In Peking hat man nicht vergessen, dass zahlreiche afrikanische Staaten 1971 dafür stimmten, dass die Volksrepublik China das Land in den Vereinten Nationen repräsentiert. China hat die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten – gewiss auch, um einem Fußfassen Taiwans vorzubeugen – regelmäßig gepflegt: Während vieler Jahre machte der chinesische Außenminister in jedem Jahr seine erste Reise nach Afrika. Zugleich haben manche westliche Staaten die Pflege ihrer Beziehungen zu Afrika nur recht zurückhaltend betrieben.

Der in Europa oft gehörte Vorwurf, China verfolge eine Afrikapolitik ohne Bedingungen, trifft überdies nicht zu: Bedingungen gibt es, es sind nur andere: Während die westlichen Staaten von ihren afrikanischen Partnern *good governance* und Achtung der Menschenrechte verlangen, erwartet Peking ein Bekenntnis zur Ein-China-Politik und ein Absehen von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan.

Ausblick

Wie wird sich die deutsche Chinapolitik, wie werden sich die deutsch-chinesischen Beziehungen in den kommenden Jahren entwickeln?

²¹ Aus europäischer Sicht war die Art und Weise, wie China 2013 seine Air Defence Identification Zone einrichtete – mit nur wenigen Stunden Vorankündigung und der Androhung militärischer Maßnahmen im Falle der Verletzung –, ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll.

²² Immerhin hat 1998 angesichts der Ausschreitungen gegen ethnische Chinesen – die aber indonesische Staatsbürger waren – der damalige chinesische Außenminister Tang Jiaxuan zur Zurückhaltung gemahnt.

Überraschungen werden voraussichtlich ausbleiben. Der Handelsaustausch dürfte weiter kontinuierlich zunehmen, die deutschen Investitionen in China dürften – auf hohem Niveau – langsam weiter wachsen, während die chinesischen Investitionen in Deutschland – einstweilen noch auf niedrigem Niveau – rasch steigen dürften.

Politisch ist – sofern es keine größeren internationalen Verwerfungen z. B. im europäisch-russischen oder im chinesisch-japanischen Verhältnis gibt – mit einer Weiterentwicklung der guten Beziehungen auf der Grundlage des bisher erreichten hohen Stands zu rechnen.

In Berlin weiß man, dass Deutschland gut daran tut, sich auf den „beispiellosen Aufstieg Chinas“ (Steinmeier 2015c: 10) nicht nur selbst einzustellen, sondern auch bei den Partnern in Europa und Nordamerika für eine solche Haltung zu werben.

In den Vereinten Nationen, bei den E3+3-Verhandlungen mit Iran, bei den internationalen Klimaverhandlungen und bei der Lösung globaler wirtschaftlicher Probleme sollten Deutschland und China noch mehr als bisher zusammenarbeiten. Da beide Länder in manchen Fragen gleichgerichtete Interessen haben, zu anderen aber oft auch sehr unterschiedliche, wird es für Berlin darauf ankommen, von Fall zu Fall mögliche Felder der Zusammenarbeit mit Peking auszuloten (vgl. Sandschneider 2014a). Wann immer jedoch die Lösung globaler Probleme durch eine Zusammenarbeit von Europa und China erleichtert werden kann, sollte Berlin die Zusammenarbeit mit Peking suchen.

Aus Pekinger Sicht dürfte eine solche Kooperation unproblematisch erscheinen: Nach den Ergebnissen der Huawei-Studie 2014 sehen über zwei Drittel der Chinesen Deutschland sehr (30%) oder eher positiv (37%) (Huawei 2014: 63). Das internationale politische Engagement Deutschlands wird in China geschätzt: 57 % der Befragten sehen es sehr (11%) oder eher positiv (46%), unter den politischen und wirtschaftlichen Entscheidern sind es sogar über drei Viertel (!) (Huawei 2014: 64, 68 f.). Während 19% der Chinesen die Beziehungen zu Europa für die wichtigeren halten, meinen nur 12% – unter den politischen Entscheidern sogar nur 7% –, dass die zu den USA die wichtigeren sind (Huawei 2014: 71).²³

Dazu, wie populär eine solche Zusammenarbeit in Deutschland ist, gibt es demgegenüber überraschend unterschiedliche Erkenntnisse.

Legt man die Ergebnisse der Huawei-Studie 2014 zugrunde, ist China in Deutschland wenig beliebt: Nur weniger als ein Viertel der Deutschen sehen China sehr (3%) oder eher positiv (21%) (Huawei 2014: 62).²⁴ Auch das internationale politische Engagement Chinas genießt in Deutschland kein hohes Ansehen: Nur 14% der Deutschen schätzen es als sehr (1%) bzw. eher positiv (13%) ein (Huawei

23 Für gleich wichtig halten die Beziehungen zu Europa und den USA 66%, unter den politischen Entscheidern 74%.

24 Demgegenüber sehen z.B. 47% die USA, 51% Japan, 62% Großbritannien und 73% Frankreich positiv.

2014: 64). Nur 6 % sehen daher die politischen Beziehungen zu China als die für Deutschland wichtigeren an, während 38 % – unter den politischen Entscheidern sogar 54 % – die Beziehungen zu den USA für die wichtigeren halten (Huawei 2014: 71).²⁵

Zu einem bemerkenswert anderen Ergebnis gelangt eine Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung, die im Rahmen des Review im Juni 2014 veröffentlicht wurde (Körber-Stiftung 2014a). Die Umfrage wird meist dafür zitiert, dass es in Deutschland nur wenig Zustimmung zur Übernahme von mehr internationaler Verantwortung gebe.²⁶ Weniger beachtet wird ihr Ergebnis, dass 61 % der Deutschen der Meinung sind, man solle in Zukunft mehr mit China zusammenarbeiten, während sich nur 56 % für eine intensivere Zusammenarbeit mit den USA aussprechen.²⁷ Besonders hervorzuheben ist, dass unter denjenigen Befragten, die mindestens über Abitur/Fachhochschulreife verfügen, 65 % für mehr Zusammenarbeit mit China sind, während nur 51 % mehr Zusammenarbeit mit den USA favorisieren.²⁸

Legt man dieses Ergebnis zugrunde, sprechen sich fast zwei Drittel der besser ausgebildeten Deutschen für mehr Kooperation mit Peking und nur gut die Hälfte für mehr Zusammenarbeit mit Washington aus! Fast scheint es danach, als nähmen die Eliten die Entwicklungen dieses Jahrhunderts vorweg. Denn gewiss ist: Wenn die deutsche Außenpolitik in den nächsten Jahrzehnten globale Fragen erfolgreich lösen will, wird dies ohne enge Zusammenarbeit mit China schwerlich gelingen – ohne die transatlantische Partnerschaft mit den USA allerdings auch nicht.

Literatur

- Adebajo, Adekeye; Virk, Kudrat (2014): „Frieden durch regionale Integration und Multilateralismus“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/frieden-durch-regionale-integration-und-multilateralismus.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Annan, Kofi (2014): „Globalisierung – Die Gelegenheit für Deutschland“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/globalisierung-eine-chance-fuer-deutschland.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Ash, Timothy Garton (2014): „Erste Priorität für Deutschland: Die EU wiederbeleben!“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/erste-prioritaet-fuer-deutschland-die-eu-wiederbeleben.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2014): Außensicht, <http://www.review2014.de/de/aussensicht.html> (Aufruf: 2015-06-01)

25 Die Beziehungen zu beiden Staaten halten 56 % – politische Entscheider: 40 % – für gleich wichtig.

26 Vgl. Auswärtiges Amt 2015a: 26: 2014 sprachen sich nur 37 % der Befragten für ein stärkeres Engagement Deutschlands im Falle internationaler Krisen aus, 60 % dagegen. 1994 hatten sich noch 62 % für ein Engagement ausgesprochen, 37 % dagegen.

27 Körber-Stiftung 2014a: 7. Zum Vergleich: Für mehr Zusammenarbeit mit Frankreich sprechen sich 79 %, mit Polen 71 % und mit Großbritannien 63 % aus.

28 Körber-Stiftung 2014b: 33 f.

- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2015a): „Review 2014, Außenpolitik Weiter Denken, Krise, Ordnung, Europa“, http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/699336/publicationFile/202924/Review_Abschlussbericht.pdf (Aufruf: 2015-06-01)
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2015b): *Aktionsplan für einen schlagkräftigeren Auswärtigen Dienst*, Februar 2015
- Bendiek, Annegret (2014): „Abschied von der Juniorpartnerschaft“, in: *Internationale Politik*, September/Oktober, S. 60-66; auch in: http://www.aussenpolitik-weiter-denken.de/fileadmin/user_upload/IP_05-2014_Bendiek.pdf (Aufruf: 2015-06-01)
- Bundesregierung (Hrsg.) (2014): Jahresbericht 2013/2014, http://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Jahresbericht_2013_2014/1_Verantwortung-Welt/1_1_Aussen-Sicherheitspolitik/1-1-aussen-und-sicherheitspolitik.html (Aufruf: 2015-06-01)
- Chellaney, Brahma (2014): „Die internationale Ordnung im Umbruch“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/die-internationale-ordnung-im-umbruch.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Deutschlands Zukunft gestalten (2013): Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode, <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> (Aufruf: 2015-06-01)
- FAZ.net (2015): „Grafik des Tages, Griechenland, ich komme!“, 23. Februar, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaft-in-zahlen/grafik-des-tages-griechenland-ich-komme-13444949.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Feng, Zhongping (2014), „Eine Pioniergruppe für Europa“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/eine-pioniergruppe-fuer-europa.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Freedman, Lawrence (2014): „Das alte Modell deutscher Außenpolitik ist nicht mehr brauchbar“, <https://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/das-alte-modell-deutscher-aussenpolitik-ist-nicht-mehr-brauchbar.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- FT.com (2015): „UK move to join China-led bank a surprise even to Beijing“, 26. März, <http://www.ft.com/intl/cms/s/0/d3fed8a-d3a1-11e4-a9d3-00144feab7de.htm> (Aufruf: 2015-06-01)
- Gesetz über den Auswärtigen Dienst (GAD) vom 30. August 1990 (BGBl. I S. 1842), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. November 2011 (BGBl. I S. 2219), <http://www.gesetze-im-internet.de/gad/index.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Global Times (2013): „China won't fall for Cameron's 'sincerity'“, 3. Dezember, <http://www.globaltimes.cn/content/829371.shtml> (Aufruf: 2015-06-01)
- Godement, François (2014): „Gut für Deutschland: eine starke europäische Chinapolitik“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/gut-fuer-deutschland-eine-starke-europaeische-china-politik.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Grant, Charles (2014): „Ein Drückeberger: strategisch schwach und merkantilistisch!“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/ein-drueckeberger-strategisch-schwach-und-merkantilistisch.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Guéhenno, Jean-Marie (2014): „Deutschlands Wirtschaftspolitik macht deutlich, was Außenpolitik nicht sein sollte“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschland-wirtschaftspolitik-macht-deutlich-was-aussenpolitik-nicht-sein-sollte.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Heilmann, Sebastian (2014): „Deutsche Chinapolitik in Europa führend“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutsche-chinapolitik-in-europa-fuehrend.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Huawei (Hrsg.) (2014): Deutschland und China – Wahrnehmung und Realität, Die Huawei-Studie 2014, <http://www.huawei-studie.de/downloads/Huawei-Studie-2014-DE.pdf> (Aufruf: 2015-06-01)
- Ignatieff, Michael (2014): „Deutschland vor der Herausforderung des autoritären Kapitalismus“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/deutschland-vor-der-herausforderung-des-autoritaeren-kapitalismus.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Kappel, Robert (2014): „Die Vorteile der Zivilmacht“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/globalisierung-eine-chance-fuer-deutschland-wenn-man-sie-nutzt.html> (Aufruf: 2015-06-01)

- Kerber, Markus (2014): „Ein außenpolitischer Rahmen für die deutsche Wirtschaft“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/ein-aussenpolitischer-rahmen-fuer-die-deutsche-wirtschaft.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Körber-Stiftung (Hrsg.) (2014a): Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik, http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/internationale_politik/sonderthemen/umfrage_aussenpolitik/Koerber-Stiftung_Umfrage_Aussenpolitik_Broschuer.pdf (Aufruf: 2015-06-01)
- Körber-Stiftung (Hrsg.) (2014 b): Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik April / Mai 2014, http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/internationale_politik/sonderthemen/umfrage_aussenpolitik/Koerber-Stiftung_Umfrage_Aussenpolitik_Tabellenband.pdf (Aufruf: 2015-06-01)
- Krause, Joachim (2014): „Die europäische Ordnung verteidigen“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/die-europaeische-ordnung-vereidigen.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Le Gloannec, Anne-Marie (2014): „Keine Brücke zwischen Ost und West“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/keine-bruecke-zwischen-ost-und-west.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Lepenies, Wolf (2014): „Deutschlands Partner brauchen mehr Aufmerksamkeit“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschlands-partner-brauchen-mehr-aufmerksamkeit.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Lodgaard, Sverre (2014): „Vier Konflikte fordern Deutschlands Führungsrolle heraus“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/vier-konflikte-fordern-deutschlands-fuehrungsrolle-heraus.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Mahbubani., Kishore (2014): „Deutschlands Bestimmung: Europa führen, um die Welt zu führen“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschlands-bestimmung-europa-fuehren-um-die-welt-zu-fuehren.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Maull, Hanns (2014): „Deutschlands außenpolitische Kontinuität ist richtig“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/die-aussenpolitische-kontinuitaet-ist-richtig-muss-aber-anangepasst-werden.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Mearsheimer, John J. (2014): „Drei Aufgaben einer neuen deutschen Außenpolitik“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/de-filler-three-musts-for-germany.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Melissen, Jan; Sharp, Paul; Riordan, Shaun; Hocking, Brian: „Die populärste Macht der Welt – ein diplomatisches Talent?“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/die-populaerste-macht-der-welt-ein-diplomatisches-talent.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Merkel, Angela (2015): „Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Tageszeitung „Asahi Shimbun“ am 9. März 2015“, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Rede/2015/03/2015-03-09-merkel-asahi-shimbun.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Messner, Dirk (2014): „Wie kann globale Nachhaltigkeit gelingen?“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/wie-kann-globale-nachhaltigkeit-gelingen.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Moradian, Davood (2014): „Deutschland: Eine unsichere Macht in Konflikten“, <https://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/deutschland-eine-unsichere-macht-in-konflikten.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Müller, Harald (2014): „Deutschland übernimmt Verantwortung“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschland-uebernimmt-verantwortung.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Perthes, Volker (2014): „Führen setzt Vertrauen voraus!“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/fuehren-setzt-vertrauen-voraus.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Qian, Qichen (2005): *Ten Episodes in China's Diplomacy*. New York: HarperCollinsPublishers

- Risse, Thomas (2014): „Deutschland als europäische Führungsmacht“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschland-als-europaeische-fuehrungsmacht.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Röhr, Wolfgang (1982): „Vertrauensbildende Maßnahmen in den Vereinten Nationen – Eine Initiative der Bundesrepublik Deutschland“, in: Lutz, Dieter S.; Müller, Erwin (Hrsg.), *Vertrauensbildende Maßnahmen*. Baden-Baden 1982: Nomos (Militär, Rüstung, Sicherheit 18), S. 169-183
- Ross, Andreas (2015): „Europas Makler mitten im Grabenkampf“,
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/amerika/aussenminister-steinmeier-zu-besuch-in-washington-13481788.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Sandschneider, Eberhard (2014a): „China besser verstehen hat oberste Priorität für den Westen“, in
<http://www.huawei-studie.de/gastbeitraege#eberhard-sandschneider>, in Huawei 2014 (Aufruf: 2015-06-01)
- Sandschneider, Eberhard (2014b): „Werte und Interessen gehen zusammen!“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/werte-und-interessen-gehen-zusammen.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Schwarz, Wolfgang (2014): „Sicherheit für Deutschland braucht Sicherheit für Russland“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/sicherheit-fuer-deutschland-braucht-sicherheit-fuer-russland.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Schwarzer, Daniela (2014): „Differenzierte Integration, vollendete Währungsunion“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/differenzierte-integration-vollendete-waehrungsunion.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Shikwati, James (2014): „Das neue Afrika fordert eine neue deutsche Politik“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/das-neue-afrika-fordert-eine-neue-deutsche-politik-1.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Simonsen Leal, Carlos Ivan (2014): „Ein mäßiges Fundament für eine Führungsrolle“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/ein-maessiges-fundament-fuer-eine-fuehrungsrolle.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Slaughter, Anne-Marie (2014): „Deutschland als Mittlermacht im Zentrum Europas“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/deutschland-als-mittlermacht-im-zentrum-europas.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Soledad Loaeza, María (2014): „Demokratie fördern in Lateinamerika“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/demokratie-foerdern-in-lateinamerika.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Spiegel Online (2015): „Umfrage: Bundesbürger sehen Deutschland als Vormacht in Europa“, 28. März,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/europa-viele-deutsche-sehen-gewachsene-vormacht-deutschlands-a-1025987.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Stein, Shimon; Tempel, Sylke (2014): „Partnerschaften mit mehr Mut angehen“,
<http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/globalisierung-gestalten.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Steinmeier, Frank-Walter (2013): „Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Amtsübergabe im Auswärtigen Amt am 17. Dezember 2013“, http://www.auswaertiges-amt.de/DEN/Infoservice/Presse/Reden/2013/131217-BM_Antrittsrede.html (Aufruf: 2015-06-01)
- Steinmeier, Frank-Walter (2014a): „Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen, Mitglied des Deutschen Bundestages Dr. Frank-Walter Steinmeier an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes“, 29. Oktober
- Steinmeier, Frank-Walter (2014b): „Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen, Mitglied des Deutschen Bundestages Dr. Frank-Walter Steinmeier an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes“, Dezember
- Steinmeier, Frank-Walter (2015a): „Rede des Bundesministers des Auswärtigen Dr. Frank-Walter Steinmeier, MdB, anlässlich der Mitarbeiterversammlung im Auswärtigen Amt zur Vorstellung der Ergebnisse der “Review2014 – Außenpolitik Weiter Denken”, Berlin, 25. Februar 2015“

- Steinmeier, Frank-Walter (2015b): Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Abschlussveranstaltung zu "Review 2014 – Außenpolitik weiter denken", 25. Februar, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/InfoService/Presse/Reden/2015/150225-BM_Review_Abschlussveranstaltung.html (Aufruf: 2015-06-01)
- Steinmeier, Frank-Walter (2015c): „„Krise, Ordnung, Europa“ – Zur außenpolitischen Verortung und Verantwortung Deutschlands“, in: Auswärtiges Amt 2015 a, S. 5-13
- Steinmeier, Frank-Walter (2015d): "Maintaining Transatlantic Unity in a Complex World", Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Zentrum für Strategische und Internationale Studien, Washington, am 12. März, http://www.auswaertiges-amt.de/DE/InfoService/Presse/Reden/2015/150312-BM_CSIS.html (Aufruf: 2015-06-01)
- Steinmeier, Frank-Walter (2015e): „Germany – Looking Beyond its Borders“, Rede von Außenminister Steinmeier bei „Carnegie Europe“ am 16. März in Brüssel, http://www.auswaertiges-amt.de/sid_D22C30A75E5467AA177C1BD4AD9372B6/DE/InfoService/Presse/Reden/2015/150316_BM_Carnegie.html (Aufruf: 2015-06-01)
- Stelzenmüller, Constanze (2014): „Mehr Rückhalt für die europäische Friedensordnung“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/mehr-rueckhalt-fuer-die-europaeische-friedensordnung.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Swieboda, Pawel (2014): „Weg von der Verteidigung des Status quo!“, <https://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/weg-von-der-verteidigung-des-status-quo.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Techau, Jan (2014): „Zu Europa und Westbindung bekennen!“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/europa-und-westbindung-absolut-setzen.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Tempel, Sylke (2014): „Denken für Deutschland“, in: *Internationale Politik*, Juli/August, S. 14-23, auch in: <http://www.review2014.de/de/blog/show/article/denken-fuer-deutschland.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Tocci, Nathalie (2014): „Deutsche Außenpolitik – wirtschaftlich stark und politisch schwach“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/einbinden-aufstrebender-maechte-fuer-demokratie-menschenrechte-und-rechtstaatlichkeit.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Trenin, Dmitri (2014): „Deutschland kann und muss seine globale Rolle finden“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/article/deutschland-kann-und-muss-seine-globale-rolle finden.html> (Aufruf: 2015-06-01)
- Wolffsohn, Michael (2014): „In der Welt beliebt, aber ohne Karte und Kurs“, <http://www.review2014.de/de/pdf/aussensicht/show/article/in-der-welt-beliebt-aber-ohne-karte-und-kurs.html> (Aufruf: 2015-06-01)